

Eine Sitzung der Bürgerschaft

Die Hafenschuppen tun nichts mehr zur Sache

„Ich meine, bis vor kurzem war die Diskussion noch mehr als sachlich, würd' ich sagen, aber dann kommen Sie, Herr Zander, und dann war alles — kaputt! Das ist unser größtes Risiko, aber das weiß ich noch nicht wie wir das fassen können. Aber das muss die CDU selbst fassen. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, vor kurzem, das ist ja noch nicht lange her, war in der Petri-Kirche LN-Forum, nicht, dann meine ich da wurde ja dann auch gesagt also man soll mehr zusammen arbeiten, aufeinander zugehen, etc., etc., und dann hab ich einfach gedacht, na ja, irgendwann wird Herr Zander das ja auch begreifen, aber kaum war das Licht aus, geht das Gepolter wieder los — was Sie jetzt hier gemacht haben, war nichts — es sagt nicht der Richtige, das sage ich, Herr Zander, und gehen Sie nicht schon wieder in Abwehrhaltung [... Rede unverständlich]. Ja, also Sie, Sie mauern! Und was Sie hier gemacht haben, eine Zusammenfassung, eine Verunsicherung, und wer sich darauf einlässt — überhaupt diese Aussagen, die von Herrn Zander, und ich sage ausdrücklich Herrn Zander, gemacht wurden, die Zusammenfassung [... Rede unverständlich] — wer da drauf reinfällt, also — ich meine, der muss wirklich mit dem Klammerbeutel gepudert worden sein. Also, ich warne nur davor, Herr Schubert, auf solche Aussagen reinzufallen, das war wirklich hammerhart. Jeder hatte die Möglichkeit, sich bei KWL zu erkundigen.“*

*) (Bürgerschaftssitzung vom 27. September 2012: Auszug aus dem Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Peter Reinhardt, der mit diesen Worten auf provokante, aber durchaus sachliche Kommentare und Fragen des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Andreas Zander, zum TOP 4.17 *Nördliche Wallhalbinsel* reagiert)



Eigentlich ging es nicht um Herrn Zander, eigentlich ging es um die Nördliche Wallhalbinsel und um die Anhandgabe der ersten beiden Baufelder an die Investoren Schlüschen und Dr. Wernekinck aus Schleswig. So aber klingt das, wenn in der Bürgerschaftssitzung wieder einmal eher Partei- anstatt Sachpolitik betrieben wird. Im Scheinwerferlicht wird umso lauter gepoltert.

Keine Neuvorstellung

Genau ein Jahr war es her, dass die Bürgerschaft über das Projekt KaiLine, einer Neubebauung der Nördlichen Wallhalbinsel mit Wohnungen im gehobenen Segment, entscheiden sollte. Nur dass es eigentlich nichts mehr zu entscheiden gab, denn man hatte sich verwaltungsseitig längst mit bunten Werbebroschüren an die Fachbesucher der Immobilienmesse Expo Real in München gewandt. Dass auch in Lübeck schon die Flyer kursierten, mit



denen die Lübecker Hafencity beworben werden sollte, die Politik hierüber aber eigentlich noch zu entscheiden hatte, löste dennoch nur ein kurzes Grollen aus. Offensichtlich hatten die Regierungskoalitionen wohl schon vor der eigentlichen Beschlussfassung der Verwaltungsspitze ihre Zustimmung zugesichert. So musste man sich nur noch mit kleineren Zugeständnissen wie dem Wunsch nach einer sozialen Durchmischung der zukünftigen Bewohnerschaft und einer ökologischen Bauweise befassen. Schließlich wollte man sich auch der weiteren Zusammenarbeit mit seinen Partnern im rot-rot-grünen Bündnis versichern und damit war das Projekt, trotz damals bereits berechtigter Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des gesamten Vorhabens wie unkalkulierter Risiken, erfolgreich auf den Weg gebracht. Danach hatten alle wieder Gelegenheit, nachzudenken. Es wurde viel diskutiert. Die „Initiative Hafenschuppen“ legte ein Alternativkonzept für die behutsame Entwicklung der Nördlichen Wallhalbinsel vor. Die Abteilung Denkmalpflege hatte noch mehr Arbeit als sonst, da sie genötigt war, ihr widersprüchliches Verhalten bei der Unterschutzstellung von historischen Hafenbauten plausibel erscheinen zu lassen. Die Bündnisgrünen fingen an zu hüpfen (1, 2, 3, letzte Chance — vorbei!) und stiegen erst jetzt so richtig in die Materie ein. Bürgermeister Saxe lächelte gütig, die „Lübecker Nachrichten“ berichteten, in den Fenstern klebten immer mehr Plakate mit dem Aufruf „Rettet Lübecks Hafenschuppen!“ und die Partei die LINKE reibt sich immer noch die Augen, weil sie von all dem irgendwie gar nichts mitbekommen haben will — Hauptsache, die soziale Durchmischung ist gesichert — was immer das heißen soll!

Zwei Tage vor der Bürgerschaft tagte der Hauptausschuss und lehnte mit den Stimmen der Bündnisgrünen die Anhandgabe ab. Bei der KWL gab man das Projekt bereits verloren, doch der Senat setzte daraufhin alle Hebel in Bewegung, die politische Mehrheit doch noch zu gewinnen.

In der Bürgerschaftssitzung am 27. September stellten die Bündnisgrünen, die sich als Partei inzwischen größtenteils gegen das Projekt KaiLine und für den Erhalt der Hafenschuppen positioniert hatten, dann aber einen umfangreichen, das Projekt entscheidend beeinflussenden Antrag. Dieser umfasste neun Punkte, welche eine bessere Information der Mitglieder der Bürgerschaft und die Schadensbegrenzung bezüglich des Projekts KaiLine zum Inhalt hatten. Da auch die CDU wissen wollte warum, wenn nicht zur Beschönigung des kalkulierten Projekterfolgs,

- a) die Kosten für die äußere Erschließung auf ein Mal von 4,35 Mio. auf rund 0,6 Mio. Euro senken
- b) die Beteiligung der media docks an den Erschließungskosten für die Stadt einen Ertrag darstellte
- c) zur Minderung des Risikos nicht zuerst die Grundstücke am südlichen Ende ausgeschrieben würden und
- d) warum überhaupt eine Risikoanalyse gänzlich fehle,

unterstützten sie den Antrag. Nicht deckungsgleich, aber doch Hand in Hand — die Bündnisgrünen wollten auch „das mit dem Denkmalschutz“ (Hans-Jürgen Schubert) noch einmal genauer wissen, den Christdemokraten ging es hauptsächlich um die Wirtschaftlichkeit und die Begrenzung von Risiken — brachten sie Argumente vor, die zwar nicht zwingend im Einzelnen, jedoch in ihrer Summe dringend für eine Vertagung der Entscheidung über eine Anhandgabe gesprochen hätten — eine Vertagung, die auch allein schon wegen der äußerst späten Vorlage der Neukalkulation des Projekts durch die KWL (17. September!) zwingend gewesen wäre. Trotz alledem stimmte die Bürgerschaft nun mit den Stimmen auch der FDP dagegen. Denn die SPD wiederholte eindringlich und einmal mehr erfolgreich die Strategie vom September 2011: Als aufdringlichste Begründung für den sofortigen Anhandgabebeschluss wurde das Ansehen der Stadt auf der Münchener Immobilienmesse Expo Real bemüht. Das „Get-Together“ bei Sekt und Häppchen auf dieser

unmittelbar im Anschluss an das Oktoberfest terminlich wie räumlich sehr erfolgreich platzierten Fachbesuchermesse waren Senat und SPD schon zum zweiten Male wichtiger als eine fundierte Auseinandersetzung über die Qualität altstadtrelevanter Entwicklungsprojekte. Was würden denn die anderen sagen — hier die „internationale Investorengemeinschaft“ (BM Saxe) — gibt's die denn? — wenn man auf einmal nicht mehr käme?

Der demokratische Prozess rückwärts

Ebenso wie die Beschlussvorlage für den zugrunde liegenden Bebauungsplan vor genau einem Jahr war auch die Vorlage für den Anhandgabebeschluss mit künstlich aufgebautem Zeitdruck in die Bürgerschaftssitzung gepresst worden, denn jedes Mal waren die Werbematerialien für das KaiLine-Projekt und die ersten Grundstücksverkäufe in Wasserlage bereits gedruckt und an mögliche Interessenten verschickt worden, mit denen man es dann gleich nach dem Oktoberfest auf der Expo Real noch einmal krachen lassen wollte. „Der Denkmalschutz hat gesagt, es ist okay!“ (Antje Jansen, DIE LINKE), ist dafür keine Ausrede. Offensichtlich sind die Wunschvorstellungen der Lübecker Bevölkerung, wie diese durch über 12.000 unterzeichnete Aufrufe der „Initiative Hafenschuppen“ zum Ausdruck gebracht wurden, weniger von Belang als Lübecks Auftritt auf einem Messestand in Bayern. Angesichts der extrem niedrigen Wahlbeteiligung in Lübeck wird deutlich, dass man wirklich etwas weiter weg fahren muss, um sich noch blamieren zu können.

Eine gepflegt unsachliche Debatte, die man in der Lübecker Bürgerschaft zwar gewohnt ist, die aber in diesem Fall neue Blüten treiben sollte, lässt nicht erkennen, wie Entscheidungsfindungsprozesse eigentlich ablaufen und wie schließlich an den Tag gelegtes Abstimmungsverhalten im Einzelfall begründet ist. Zum Abschluss der Bürgerschaftssitzung hätte man sich nicht fragen dürfen, ob noch Fragen offen geblieben sind, sondern vielmehr, ob überhaupt welche beantwortet wurden. Aber dieser Umstand rächt sich nicht nur durch das sich häufig anschließende Missmanagement, sondern hier auch direkt an den Entscheidern. Die Freien unabhängigen Lübecker (FUL) haben, ganz unscheinbar einen bedeutenden Zusatz eingebracht, welcher den Anhandgabevertrag, über dessen entsprechend geänderte Fassung zum Schluss abgestimmt wurde, eigentlich unbrauchbar für den Investor gemacht hat. Der entsprechende Antrag dazu lautet: „Der Beschlussvorschlag wird am Ende ergänzt um den Satz: ‚Über den Anspruch auf Rückzahlung der Anhandgebühr hinaus, ist die Hansestadt Lübeck zu keinerlei Zahlungen, Vertragsstrafen oder anderweitigen Kosten verpflichtet‘“, sollte die Bürgerschaft bei der endgültigen Beschlussfassung über den Verkauf der anhand gegebenen Grundstücke aus welchem Grund auch immer — fehlende soziale Durchmischung oder „weil die Architektur nicht gefällt“ (Antje Jansen, Die Linke) — diesen verweigern.

In einem Interview im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR vom 21. Oktober 2012 vernimmt man von Schlüsch und Dr. Wernekind die Worte, dass man darüber mit der Stadt noch einmal reden müsse. Es ginge nicht, dass man hinterher, sollte am Ende nicht auch der Verkauf tatsächlich von der Bürgerschaft beschlossen werden, auf allen Planungskosten sitzen bliebe. Dieses Risiko sind die Investoren aber mit der Unterzeichnung des Anhandgabevertrags und Zahlung der Anhandgebühr zunächst doch eingegangen.

Franziska Kiefer

Bild linke Seite oben: Das Werbebanner der „KaiLine“ am Eingang zur Nördlichen Wallhalbinsel. Die Planung zeigt, wie der Kaufmannsspeicher (*media docks*) als bisherige städtebauliche Dominante zwischen den sonst eingeschossigen Kaischuppen zukünftig in der gleich voluminösen Neubebauung untergehen wird. Umgebungsschutz ist in Lübeck also unbekannt. Foto: Frank Herion.

Links: „Die Männer vom Schuppen D“ und Kran Nr. 52 (Fa. Kampragel, Bj. 1967, Denkmalschutz seit 2012): „Leben ist das, was sich ereignet, wenn wir mit anderen Dingen beschäftigt sind (John Lennon)“. Fotos: Christoffer Greiß.